

JU-Positionspapier zur



DIE LEITFRAGEN DER ZUKUNFTSWERKSTATT

1. Was sind die drei wichtigsten Standpunkte der CDU Baden-Württemberg?

Freiheit, Solidarität/Verantwortung und Glaubwürdigkeit bilden die Grundlage für eine erfolgreiche Zukunftsentwicklung der CDU und stärken die Bindung und Identifikation zwischen Bürger und Partei.

Freiheit ist das wichtigste Gut und stellt die Basis dar, an der wir unsere Politik ausrichten müssen. Bedingt durch Vielfalt und Individualität jedes Einzelnen muss jedem Menschen der Rahmen geboten werden, sich im Zuge seiner Interessen, Veranlagungen und Stärken individuell entwickeln zu können. Für jeden Einzelnen ergibt sich daraus jedoch gleichzeitig die Pflicht, eigene Verhaltensweisen den gültigen Gesetzen sowie gesellschaftlichen Werte- und Moralvorstellungen unterzuordnen. Aufgabe der CDU wird es auch in Zukunft sein, aktiv für die christlich-soziale Wertevorstellung einzutreten. Freiheit erfordert gleichzeitig einen starken Staat. Ihm kommt die Aufgabe zu, neben den Gesetzen auch die Freiheit eines Jeden sicherzustellen. Ein starker Staat darf jedoch nicht alles regeln, er muss eine eigenverantwortliche, individuelle Gesellschaft fördern und darf nicht zum Organ für Gleichmacherei werden. Wir müssen uns klarer von rot-grün abgrenzen, den Menschen deutlicher kommunizieren, dass wir deren staatliche Regulierungspolitik ablehnen. Kommunikation auf Augenhöhe mit den Bürgern bildet hierfür die Grundlage, um ein „Bestimmen über die Köpfe hinweg“-Gefühl zu vermeiden.

Solidarität und Verantwortung sind essentielle Eigenschaften eines Staates. Jeder Bürger übernimmt Verantwortung für sich und zeigt sich im Idealfall solidarisch mit der Gesellschaft. Verantwortung wird zunächst zur Eigenverantwortung, sein Leben so zu gestalten, dass für die Gesellschaft keine Belastung darstellt. Die Schwachen in der Gesellschaft zu unterstützen, sich generell mit den Mitmenschen solidarisch zu zeigen bedeutet jedoch nicht, Ungleichheiten mit Gleichmacherei entgegenzutreten. Aufgabe der Partei wird es sein, weiterhin die Eigenverantwortung eines jeden Einzelnen zu fördern. Es darf nicht sein, dass der Staat durch den Ertrag der Gesellschaft neben den hilfsbedürftigen auch jene auffängt, die ihre Verantwortung nicht wahrnehmen wollen. Die CDU muss sich energisch von Verschwendung und falscher Großzügigkeit abgrenzen. Die Folgen verschwenderischen Handelns zeigt sich in den Haushalten der von rot und grün geführten Bundesländern. Die Allgemeinheit und insbesondere die zukünftigen Generationen werden durch die Schuldenpolitik fahrlässig in ihrer Handlungsfähigkeit eingeschränkt. Durch Aufklärungskampagnen und eine Intensivierung der Kommunikationswege muss der Bürger für die Problematik sensibilisiert werden.

Glaubwürdigkeit bildet für jede politische Arbeit die Grundvoraussetzung. Im Kontext der verlorenen Landtagswahl und der damit verbundenen Oppositionsrolle wird es von großer Bedeutung sein, die Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen und dadurch die Basis für zukünftige Wahlerfolge zu legen. Hierfür sind neben den Personen auch die entsprechenden Inhalte wichtig, die die Partei letztlich gegenüber den Wählern vertritt und anhand derer sie wahrgenommen wird. Es wird künftig darum gehen, den Menschen im Land die gewünschte Sicherheit zu geben. Durch Kontinuität und einem sturen Festhalten an Grundüberzeugungen kann dies nicht erreicht werden. Es ist ein Irrglaube, einzelne Positionen und Grundüberzeugungen bedingt durch gesellschaftliche Veränderungen nicht auf den Prüfstand stellen zu dürfen. Eine interne Modernisierung der Partei ist notwendig und umsetzbar, auch ohne die Stammwähler zu verlieren. Wir dürfen nicht automatisch davon ausgehen, dass die Bürger unsere nachweislich erbrachten Erfolge in Land und Bund

39 anerkennen und richtig zuordnen und einschätzen können. Vielmehr muss das Vertrauen der Bürger hart
40 erkämpft werden. Dies ist nur mit charismatischen und redegewandten Personen an der Parteispitze umzu-
41 setzen. Auch wenn traditionelle Grundüberzeugungen aufgrund sich verändernder Rahmenbedingungen
42 hinterfragt und angepasst werden müssen, sind „extreme Umschwünge“ wie bspw. bei der Energiepolitik
43 langsamer umzusetzen; der Bürger und Wähler muss durch diesen Veränderungsprozesses „geführt“ wer-
44 den, um Ernüchterung und Enttäuschung zu vermeiden.

45

46 **2. Wie wollen wir in Baden-Württemberg im Jahr 2020 leben? Wo haben wir Änderungsbedarf in un-** 47 **serer Politik?**

48 Für Baden-Württemberg im Jahr 2020 wünschen wir uns, dass weiterhin alle die gleiche Chance auf indivi-
49 duelle Bildung bekommen, die Mitte der Gesellschaft stark bleibt, Armut und Arbeitslosigkeit weiter niedrig
50 bleiben und sich Arbeit weiter lohnt.

51 Bis ins Jahr 2020 gilt es daher die bestehenden Stärken in Wissenschaft und Wirtschaft weiter auszubauen,
52 insbesondere diese noch stärker international auszurichten. Dabei muss darauf geachtet werden, dass alle
53 Landesteile gezielt gefördert werden. In Baden-Württemberg muss die regionale Technologiekompetenz und
54 auch die Infrastruktur weiter vorangebracht werden, damit speziell die niedrige Arbeitslosenquote und die
55 gute Lehrstellenbilanz gehalten werden können.

56 Für Investoren und Existenzgründer muss der Standort Baden-Württemberg noch attraktiver gemacht wer-
57 den, insbesondere im Bereich der Umweltpolitik. Zentrale Herausforderung ist dort die Energiewende. Dabei
58 muss es aber dennoch gelingen auch die diesbezüglich kritisch eingestellten Menschen als CDU-Wähler zu
59 gewinnen. Als CDU müssen wir den Spagat schaffen, einerseits für notwendige Windkraftanlagen einzutret-
60 ten, aber dabei auch die Gegner als Wähler zu gewinnen.

61 Ein weiteres Thema ist das anstehende Schulsterben. Mit dem bisherigen gegliederten Schulsystem sind die
62 Überlebenschancen für kleinere Schulen noch geringer, als mit der Gemeinschaftsschule, die derzeit zu-
63 nehmend von Gemeinden favorisiert wird, die um ihre Schulen fürchten. Gerade im ländlichen Raum, könnte
64 deshalb die CDU mit ihrer Schulpolitik unter Druck kommen.

65 Außerdem muss Baden-Württemberg seine kulturelle Identität und Vielfalt fördern. Soziale und kulturelle
66 Lebensqualität trägt maßgeblich zur Zufriedenheit der Menschen bei.

67 Schlussendlich darf auch die innere Sicherheit nicht vergessen werden, die Polizei darf nicht aus der Fläche
68 verschwinden, damit sich die Bevölkerung weiter sicher fühlt.

69 Änderungsbedarf besteht dahingehend, dass die Bürger von vorne herein stärker in Entscheidungsprozesse
70 einbezogen werden müssen. Dazu gehört zum einen die umfassende Information sowie die Nachvollzieh-
71 barkeit der Vor- und Nachteile und zum anderen, dass das Meinungsbild der Mitmenschen ernst genommen
72 wird.

73 Ganz besonders darf die eigene Beliebtheit und die Wählergunst von Politikern nicht alleiniger Maßstab des
74 politischen Handelns sein. Es darf nicht das oberste Ziel sein, den eigenen Kopf zu retten und damit jahre-
75 lange Überzeugungen aufzugeben. Durch eine klare Linie, Charakter und Glaubhaftigkeit ist man mindes-
76 tens genauso beliebt als wenn man die Fahne in den Wind hält.

77

78 3. Was bedeutet für uns das "C" in unserem Parteinamen?

79 Das christliche Menschenbild stellt die Grundlage unserer Überzeugungen dar. Das bedeutet in keiner Wei-
80 se, dass die Partei an den Glauben oder die Religionszugehörigkeit geknüpft ist. Vielmehr lassen sich dar-
81 aus die Werte und Normen für ein glückliches und gerechtes Zusammenleben der Menschen ableiten. Die
82 Kirche selbst spielt dabei eine untergeordnete Rolle, dennoch gehören zu einer vernünftigen Rollenvertei-
83 lung zwischen Staat und Gesellschaft auch Fragen nach Religion und Ethik, sowie Sitte und Moral. Wir müs-
84 sen aktiv auf alle Bevölkerungsschichten zugehen, ihnen die Hand reichen. Insbesondere Migranten waren
85 in der Vergangenheit nicht auf der Agenda der Partei. Auch sie sind ein Teil der Gesellschaft und müssen
86 berücksichtigt werden. Auf kommunaler Ebene muss ein Dialogprozess eingeleitet werden, um verstaubte
87 Vorbehalte gegenüber der CDU abzubauen. Unser Weltbild, das auf christlichen Werten beruht, ist auch für
88 andere Religionen „tragbar“ und in keiner Weise einschränkend.

89 Normen haben auch die Funktion zu definieren, was zu einer Gesellschaft dazugehört. Auch wenn dies jeder
90 Mensch für sich auf unterschiedliche Weise beantwortet, ist letztlich nicht alles erlaubt und notwendige Tole-
91 ranz darf niemals zu Beliebigkeit führen. Es gilt allen Menschen mit Respekt entgegenzutreten, ohne sich für
92 die christlichen Überzeugungen, Identität und die gesellschaftlichen Traditionen entschuldigen zu müssen.

93 Die Familie ist der Kern der Gesellschaft. Die Erziehung der Kinder fördert den familiären Zusammenhalt.
94 Jedoch soll es den Eltern selbst überlassen bleiben, ob sie die Erziehung selbst oder durch die Inanspruch-
95 nahme von Betreuungseinrichtungen wahrnehmen. Vielmehr leitet sich daraus der Anspruch ab, dass es
96 wieder möglich werden muss, Beruf und Familie vereinbaren zu können. Kinderrippen und andere Betreu-
97 ungseinrichtungen dürfen den Familien genauso wenig aufgezwungen werden wie Ganztageseschulen. Aus-
98 genommen davon wäre das letzte verpflichtende Kindergartenjahr. Eltern bzw. Mütter, die sich für die
99 Betreuung der eigenen Kinder entscheiden, müssen ebenso respektiert werden.

100 Arbeitnehmer dürfen nicht nur als Arbeitskräfte betrachtet werden sondern haben das Recht auf eine ge-
101 rechte work-life-balance.

102 Die Wahrung der Schöpfung ist mehr als nur ein Leitspruch. Sie umfasst neben der Gleichberechtigung un-
103 terschiedlicher Geschlechter, Ethnien und Kulturen auch den maßvollen und nachhaltigen Umgang mit den
104 zur Verfügung stehenden Ressourcen. Gleichberechtigung darf nicht automatisch zu Gleichmacherei wer-
105 den. Staatlich vorgegebene Quoten wie bspw. die Frauenquote sind nicht zielführend, sondern diskriminie-
106 rend. Die Gesellschaft und die Wirtschaft regulieren sich in einem rechtlichen Rahmen zu einem großen Teil
107 selbst, der staatliche Einfluss darf nicht zu einem Regulierungsrahmen werden.

108 Mit Blick auf die zukünftige Generation gehört es zu der Verantwortung eines jeden Einzelnen dazu beizu-
109 tragen. Der Politik und dem Staat kommt die Aufgabe zu, mit dem Steuergeld bedächtig umzugehen und die
110 Haushalte möglichst zeitnah zu konsolidieren. Den nachfolgenden Generationen darf durch eine hohe
111 Schuldenlast nicht die Zukunft verbaut werden.

112 Jeder einzelne kann durch ehrenamtliches Engagement den Zusammenhalt in der Gesellschaft fördern und
113 seinen Teil zu einem erfolgreichen und gerechten Zusammenleben leisten. Das Ehrenamt in Vereinen, Kir-
114 chen und Institutionen ist eine Grundüberzeugung der CDU und muss mit Blick auf den demographischen
115 Wandel auch in Zukunft aktiv kommuniziert und gelebt werden. Das Ehrenamt zu fördern ist eine wesentli-
116 che Aufgabe. Jeder Bürger sollte sich in irgendeiner Form für die Allgemeinheit engagieren. Von besonderer

117 Bedeutung sind die lokalen Sportvereine, die den Jugendlichen eine lohnenswerte Alternative zu den Ju-
118 gendhäusern bieten können.

119

120 **4. Mit welchem Profil soll die CDU in der Bevölkerung wahrgenommen werden?**

121 Die CDU ist die mitgliederstärkste politische Vereinigung in Baden-Württemberg und muss dem Anspruch
122 gerecht werden, prinzipiell für jeden wählbar zu sein. Das heißt in keiner Weise, seine Grundüberzeugungen
123 aufgeben zu müssen noch populistischen Positionen nachzueifern um möglichst reizvoll für den Wähler zu
124 erscheinen. Vielmehr geht es darum, seine Überzeugungen glaubhaft zu vertreten, damit die Menschen im
125 Land sehen, auch wenn sie nicht immer mit allen Positionen übereinstimmen sollten, dass Glaubwürdigkeit
126 und Überzeugung die Säulen unserer Partei sind. Es ist keineswegs verwerflich und eventuell sogar not-
127 wendig, Grundüberzeugungen zu hinterfragen und sich gegebenenfalls, bedingt durch etwaige veränderte
128 Rahmenbedingungen den neuen Herausforderungen der Gesellschaft zu stellen. Glaubwürdigkeit und Integ-
129 rität darf nicht automatisch zu einem sturen Festhalten an allen traditionellen Überzeugungen führen. Die
130 Energiewende wurde zu abrupt eingeleitet, entsprach aber dem gesellschaftspolitischen Konsens nach der
131 Reaktorkatastrophe in Japan. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Kernenergie ab. Es ist nicht zielfüh-
132 rend gegen diese Mehrheit weiter an ihr festzuhalten, doch muss die Bevölkerung und insbesondere die
133 eigene Wählerschaft bei solchen Veränderungsprozessen eingebunden werden. Die Kommunikation von der
134 Parteispitze zur Basis muss verbessert werden, notwendige Veränderungen rechtzeitig und detailliert erläu-
135 tert werden. Der Prozess der Entscheidungsfindung muss seinen Ursprung in der Basis finden. Basierend
136 auf unseren konservativen Grundsätzen mit Blick auf die Kultur, Gesellschaft, Tradition und Sprache muss
137 der Anspruch trotzdem sein, zukunftsgerichtet und sachlich die Belange der Bürger aufzugreifen und zu
138 diskutieren. Wir stehen der Zukunft positiv gegenüber. Innovation und technischer Fortschritt sind notwendi-
139 ge Voraussetzung für die Entwicklung der Gesellschaft und der Wirtschaft. Diese fördern wir. Im Gegensatz
140 zu rot-grüner Regulierungswut bieten wir der Wirtschaft und Gesellschaft den notwendigen, freiheitlichen
141 Rahmen zur Entfaltung. Die Kommunikationswege über die Medien müssen konsequenter genutzt werden.
142 Jedes Parteimitglied sollte alle ihm zur Verfügung stehenden Kommunikationswege nutzen, damit das Mit-
143 glied den Personen aus seinem persönlichen Umfeld wichtige Themen übermitteln und letztlich die Botschaft
144 unserer Partei zu den Menschen tragen kann.

145 Der Bürger möchte auf Augenhöhe angesprochen und gehört werden. Wir haben Nachholbedarf in der
146 Kommunikation und Einbeziehung der Bürger, fördern jedoch die repräsentative Demokratie. Die gewählten
147 Abgeordneten treffen die Entscheidungen, damit der Staat handlungsfähig bleibt und über konkrete Frage-
148 stellungen zeitnah entscheiden kann. Die aktive Einbeziehung der Bürger in Entscheidungsprozesse kann
149 und muss in ausgewählten Fällen erfolgen, darf jedoch nicht zur Regel werden, da sonst zeitliche Verzöge-
150 rungen und immense Zusatzkosten dem Fortschritt entgegenstehen könnten. Die Politik darf nicht zum
151 Spielball von Einzelinteressen werden. Unser System hat sich über viele Jahrzehnte erfolgreich bewährt.
152 Vernunft und Bodenständigkeit haben uns schon immer ausgezeichnet. Die erfolgreiche Wirtschaft und die
153 exzellenten Bildungsergebnisse in Baden-Württemberg sind auch auf den politischen Rahmen zurückzuführen.
154 Auf diesen Erfolgen müssen wir aufbauen. Von einer florierenden Wirtschaft profitieren alle Menschen in
155 der Gesellschaft. Wir bieten jedem die Chance, sich zu verwirklichen. Neben den Menschen, jung und alt,

156 geht es auch um die Entwicklung zwischen Stadt und dem ländlichen Raum. Wir sind uns der Bedeutung
157 des ländlichen Raums bewusst und fördern nicht nur die Stadtentwicklung, sondern bewahren auch die Le-
158 bensqualität auf dem Land.

159 Viele Schulstandorte im ländlichen Raum sind bedroht. Die von rot-grün propagierte Gemeinschaftsschule
160 wird finanziell besonders gefördert und droht das gegliederte Bildungssystem besonders in den ländlichen
161 Gebieten abzulösen. Das dürfen wir nicht zulassen. In den Kommunen müssen Lösungsstrategien für den
162 Erhalt der bestehenden Einrichtungen geschaffen werden.

163

164 **5. Welches sind die Eckpfeiler für eine nachhaltige Bildungs-, Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik?**

165 Bildungserfolg hängt von der individuellen und gezielten Förderung des Schülers ab. Dies ist nur in einem
166 gegliederten Schulsystem möglich. Wir sehen die von rot-grün propagierte Gemeinschaftsschule als fal-
167 schen Ansatz, denn zwanghafte Gleichmacherei und Nivellierung ist leistungshemmend. Das mehrgliedrige
168 Schulsystem hat Baden-Württemberg und Bayern die besten Bildungsergebnisse Deutschlands gebracht.
169 Jeder Schüler hat durch die Durchlässigkeit des Systems die Möglichkeit auch über den zweiten Bildungs-
170 weg sämtliche Abschlüsse nachzumachen. Für unser duales Bildungssystem werden wir international be-
171 wundert. Die beruflichen Schulen genießen ein hohes Ansehen. Von Erfolg gekrönt sind auch die Sonder-
172 und Förderschulen, die durch ausgezeichnete Betreuung von behinderten Schülern diesen eine Entwick-
173 lungsperspektive bietet, ohne sie dabei zu überfordern. Inklusion kann mit Blick auf unser ausgereiftes Son-
174 der- und Förderschulsystem nicht zwangsläufig zielführend sein, denn sie kann die erforderliche Betreuung
175 nicht ersetzen. Vielen Bürgerinnen und Bürgern im Land sind die Inhalte und drohenden Konsequenzen des
176 Gemeinschaftsschulkonzepts nicht bewusst. Wir haben die Aufgabe, schnellstmöglich für ein großes Maß an
177 Transparenz zu sorgen. Informationskampagnen im Internet und Öffentlichkeitsarbeit über Informationsstän-
178 de sind geeignete Mittel, um mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen.

179 Ausgeglichene Haushalte und die Bestrebung, die Staatsverschuldung zu verringern sind die notwendigen
180 Ansätze einer nachhaltigen Finanzpolitik. Der Staat muss seine Ausgaben überprüfen und hinterfragen. Die
181 nachfolgenden Generationen dürfen nicht durch die Aufnahme immer neuer Schulden handlungsunfähig
182 gemacht werden. Der Sozialpolitik kommt hierbei eine besondere Aufgabe zu. Es ist unstrittig, dass das
183 Steuersystem Änderungspotential bietet. In keiner Weise darf jedoch durch die Politik eine gesetzliche Um-
184 verteilung von oben nach unten erfolgen. Eigenverantwortung für sein Leben zu übernehmen bedeutet auch,
185 aus Unzufriedenheit mit der eigenen Situation keinen Neid gegenüber anderen zu schüren und daraus For-
186 derungen gegenüber der Gesellschaft abzuleiten. Der Sozialstaat darf nicht weiter aufgebläht werden und
187 nur jene Menschen auffangen, die krankheitsbedingt ihr Leben nicht eigenverantwortlich organisieren und
188 bewerkstelligen können. Die Sozialleistungen dürfen nicht die unteren Einkommen tangieren, da es sonst zu
189 einer Verminderung des Arbeitsanreizes kommen würde. Die Gesellschaft lebt von dem Einsatz und Fleiß
190 eines jeden Einzelnen. Die soziale Marktwirtschaft stellt den Rahmen für die ökonomische Entwicklung un-
191 seres Landes. Die Politik definiert die rechtlichen Rahmenbedingungen, sorgt aber gleichzeitig für die Frei-
192 heit eines jeden, sich zu verwirklichen. Die unternehmerische Freiheit ist ein hohes Gut. Unsere Wirtschaft
193 wird nur wachsen, wenn wir die Unternehmer nicht durch gesetzliche Regelungen erdrücken. Sie sind es,
194 die Arbeitskräfte schaffen und in einem wesentlichen Maße zu der Gesamtentwicklung unseres Landes bei-

195 tragen. Es werden auch in Zukunft Fehler gemacht werden, die im schlimmsten Fall zu Krisen führen. Den-
196 noch darf das Versagen Einzelner nicht zu übermäßigen staatlichen Eingriffen in die Wirtschaft führen. Wir
197 lehnen eine grundsätzliche Verurteilung der Banken und der Finanzmärkte ab. Kontrollinstanzen müssen
198 gestärkt werden, aber es darf zu keiner Grundüberwachung einzelner Wirtschaftszweige kommen. Es ist
199 Aufgabe der CDU, der Wirtschaft auch künftig die Rahmenbedingungen zu bieten, damit Arbeitsplätze bei
200 uns entstehen und unser Standort zukunftsfähig bleibt.

201 Sicherheit für alle Bürger ist eine unsere Grundüberzeugungen und muss dementsprechend kommuniziert
202 werden. Regelverstöße und Gesetzesbrüche sind hart zu ahnden. Der Warnschussarrest ist ein gutes Werk-
203 zeug für Jugendrichter, effizienter durchzugreifen. Die von rot-grün geplante Polizeireform muss mit allen
204 erdenklichen Mittel verhindert werden.

205

206 **6. Wie können wir die innerparteiliche Kommunikation und Beteiligung verbessern?**

207 - Online-Anträge an Parteitage: Auf einer Internetplattform kann jedes CDU-Mitglied unabhängig vom eige-
208 nen Kreis- oder Ortsverband im Vorfeld von Bundes- oder Landesparteitagen eigene Anträge formulieren,
209 die anschließend online diskutiert und bewertet werden. Enthält ein Antragsvorschlag mehr positive als ne-
210 gative Bewertungen bzw. positive Bewertungen, die eine bestimmte Quote überschreiten, so wird dieser
211 Antrag automatisch beim nächsten Parteitag behandelt.

212 - Aufwertung der Arbeit der Fachausschüsse auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene sowie Gründung von
213 Arbeitskreisen auf Kreisebene: Solche Einrichtungen dürfen nicht als Debattierclubs gelten, sondern deren
214 Arbeit muss von den Funktionärs- und Mandatsträgern mehr als bisher begleitet und vor allem ernst ge-
215 nommen werden. Beispielsweise sollten die Landespartei / Fraktion oder auch einzelne Abgeordnete bei der
216 Bearbeitung von konkreten politischen Themen in den jeweils zuständigen Fachausschuss gehen und sich
217 dort beraten lassen bzw. sich von dort Informationen, Vorschläge oder Stellungnahmen erarbeiten lassen.
218 Die eigentliche inhaltliche politische Arbeit, die bis 2011 wesentlich von der Landesregierung / Ministerialbü-
219 rokratie gemacht wurde, muss nun verstärkt von den Mitgliedern sowie vor allem von den Abgeordneten
220 kommen. Hierzu muss über den Weg von Fachausschüssen und Arbeitskreisen das bei den CDU-
221 Mitgliedern bereits vorhandene Wissen zurückgegriffen und dieses anschließend in parlamentarischen Initia-
222 tiven verwendet werden.

223 - Werbung und Öffnung der Fachausschüsse für mehr Mitglieder: Bisher ist die Existenz und Arbeit der
224 Fachausschüsse vielen Mitgliedern nicht bekannt. Darüber hinaus ist die Zahl der Mitglieder, die an den
225 einzelnen Fachausschüssen mitarbeiten dürfen aus organisatorischen Gründen beschränkt. Damit bleibt
226 aber oftmals viel in der Partei vorhandener Sachverstand außen vor. Die Arbeit in den Fachausschüssen
227 muss deshalb beispielsweise in der CDU intern mehr beworben werden, ihre Arbeit mitgliederoffener gestal-
228 tet werden und die Anzahl zeitaufwendiger Sitzungen mit langen Anfahrtswegen zugunsten von virtuellen
229 Online-Sitzungen und geschlossenen Internet-Diskussionsgruppen reduziert werden.

230 - Fachliche Zuarbeit von den einfachen Mitgliedern: Die Mitglieder sollen dazu ermuntert werden, sich ver-
231 stärkt mit konkreten Ideen oder Hinweisen auf Missstände an die Mandatsträger zu wenden. Die Mandats-
232 träger sollen diese Zuarbeit zum einen in Pressemitteilungen, zum anderen aber auch insbesondere in par-
233 lamentarischen Initiativen oder Anfragen verwenden. Gerade in Oppositionszeiten, gehören parlamentari-

234 sche Anfragen zu unseren stärksten Waffen. Beispiele für besonders hilfreiche Hinweise und deren an-
235 schließende parlamentarische Verwertung sollen in der CDU intern vorgestellt werden und so zur Beteili-
236 gung anregen.

237 - Mehr mitgliederoffene Parteitage: Bei Parteitag auf Landes- und Bezirksebene die Personalentscheidun-
238 gen treffen, wie beispielsweise Vorstandswahlen oder Listennominierungen sollen auch weiterhin nur in den
239 Kreisverbänden gewählte Delegierte stimmberechtigt sein. Dafür sollen jedoch die „programmatischen“ Par-
240 teitage grundsätzlich mitgliederoffen sein. Generell muss auf Parteitag mehr diskutiert werden und nicht
241 wie in der Vergangenheit regelmäßig geschehen, dass vorgelegte Papiere nahezu unverändert verabschie-
242 det werden. Als sehr gelungenes Vorbild für die neue Form von Parteitag kann der Landesparteitag vom
243 vergangenen Oktober zum Thema Bildung in Stuttgart dienen.

244 - Mitgliederbeteiligung durch Urabstimmungen: Wichtige Personalentscheidungen wie z.B. die Frage nach
245 dem Spitzenkandidaten bei der Landtagswahl oder die Entscheidung über den Landesvorsitzenden per Ur-
246 abstimmung durch die Mitglieder getroffen werden.

247 - Begegnungen mit der Parteiführung auf Augenhöhe: Um der Parteibasis die Möglichkeit zum „Gehört wer-
248 den“ zu geben und um wichtige Grundsatzentscheidungen breit zu diskutieren, sollte es jährlich pro Bezirk
249 eine mitgliederoffene Basiskonferenz im „Town-hall-Stil“ mit der Parteispitze geben. Als Vorbild hierfür kön-
250 nen insbesondere die im diesem Stil veranstalteten Regionalkonferenzen mit Stefan Mappus im Jahr 2010
251 dienen.

252 - Ausbau der E-Mail-Verteiler: Das Kommunikationsmittel E-Mail ermöglicht es uns direkt und in kürzester
253 Zeit unsere Mitglieder zu informieren und mit ihnen zu kommunizieren. Deshalb sollte der bestehende E-
254 Mail-Verteiler des Landesverbandes weiter ausgebaut und die Kreisverbände durch Informationsschreiben,
255 Beispielvorlagen und Schulungen dabei unterstützt werden, soweit noch nicht vorhanden eigene E-Mail-
256 Newsletter einzurichten.

257 - Informationsschreiben der Kreis- und Ortsvorsitzenden: Viele, wenn nicht sogar der größte Teil unserer
258 Mitglieder sind aus den unterschiedlichsten Gründen „nur“ passive Mitglieder und gehen nie oder nur selten
259 auf Veranstaltungen. Um gerade auch diese Mitglieder zu erreichen, sie über die vielfältigen Aktivitäten vor
260 Ort zu unterrichten und ein Gefühl der Verbundenheit zur örtlichen CDU herzustellen, sollten die Vorsitzen-
261 den dazu angehalten werden mindestens einmal im Jahr in einem Brief an alle Mitglieder über ihre Arbeit vor
262 Ort informieren. Um den Aufwand hierfür zu minimieren, sollte dieser „Jahresbericht“ zusammen mit einer
263 Einladung, die sowieso an alle Mitglieder geht versendet werden. Das Ziel sollte sein, dass alle Mitglieder
264 das Gefühl haben mit ihrem Kreis- und Ortsvorsitzenden im Kontakt zu sein und von diesem mehr als nur
265 Einladungsschreiben erhalten.

266 - Neue Veranstaltungsformate: In der Regel laufen auf allen Parteiebenen die CDU-Veranstaltungen so ab,
267 dass zu einer Sitzung im Hinterzimmer eingeladen wird, auf der ein bestimmter Mandatsträger (z.B. Minister,
268 MdB, MdL) zu einem Thema spricht. Dieser erzählt über sein Thema, zu welchem meist die wichtigen Ent-
269 scheidungen schon getroffen wurden. Nach dem Vortrag werden noch ein paar Fragen gestellt und wenn es
270 gut läuft, gibt es noch jemanden der sich die Mühe macht hierzu einen Zeitungsbericht zu schreiben. An
271 dieser Stelle muss werden neue Veranstaltungsformate zu finden. Beispielsweise themenbezogene

272 Workshops der Abgeordneten mit Mitgliedern statt einer Vortragsveranstaltung, informative Stadtspazier-
273 gänge statt Treffen im Hinterzimmer, Veranstaltungen mit Referenten ohne Parteihintergrund....
274 - CDU-Mitgliedermagazin: Die CDU intern ist in ihrer bestehenden Form weiterzuführen, da nur über sie
275 äußert kostengünstig alle CDU-Mitglieder auch Informationen aus ihrem eigenen Kreisverband erhalten kön-
276 nen. Unabhängig davon ist zu prüfen, ob der CDU-Landesverband nicht über landesweite Werbepartner in
277 der Lage wäre, in Mitgliedermagazin zu entwerfen, dass zwar nur ein- oder zweimal im Jahr erscheint, dafür
278 dann jedoch in Druck, Layout und Qualität die heutigen Ansprüche erfüllen kann. Ein solches Magazin wäre
279 dann auch für Werbezwecke außerhalb der Partei vorzeigbarer und könnte im Gegensatz zur CDU intern
280 flexibel und aktuell anlässlich wichtiger Ereignisse auf der Landesebene erscheinen.

281

282 **7. Wie können wir Experten einbinden?**

283 Auf unsere Gesellschaft und somit auch auf die Politik kommen täglich neue ungeahnte Problemstellungen
284 zu. Sich selbstständig ein fundiertes Basiswissen zu jedem Sachverhalt anzueignen scheint nahezu unmög-
285 lich. Die Junge Union sieht deshalb eine Notwendigkeit, Experten mit einzubinden. Diese können Problema-
286 tiken darstellen und gleichzeitig ihre Erfahrungen mit einbringen.

287 Zunächst gilt es eine Art Katalog zu erstellen, in denen einzelne Experten mit ihren Fachgebieten aufgelistet
288 sind. Vorerst werden dies wohl CDU Mitglieder sein. Durch eine zentral zugängliche Liste wird es den ein-
289 zelnen Orts- oder Kreisverbänden ermöglicht, kurzerhand Fachleute für tagesaktuelle Themen zu finden.
290 Letztlich werden so auch die Veranstalter entlastet. Durch einen geringeren Planungsaufwand können die
291 Veranstalter dann ihre freien Kapazitäten anderweitig nutzen.

292 Experten sollte die Möglichkeit gewährleistet werden, auf den verschiedensten Podien zu reden. Sie sollten
293 nicht nur bei parteiinternen Veranstaltungen zu Wort kommen, denn auch sie erwarten eine gewisse Heraus-
294 forderung. Deshalb gilt es auch, gewisse Fachbereiche an verschiedenen Terminen unter verschiedenen
295 Gesichtspunkten zu beleuchten, denn einmalige Gespräche sind bei weitem nicht ausreichend. Beseht ein-
296 mal der Kontakt zu Experten aus Verbänden, Gewerkschaften, der Wirtschaft etc., so muss dieser unbedingt
297 aufrechterhalten werden. Wünschenswert wäre es, wenn Experten dann Projekte der Partei mit begleiten
298 und bspw. ein gemeinsames Positionspapier erarbeitet wird.

299 Die Junge Union regt zu einer zielführenden Kooperation an, den Experten eine aufrichtige Mitarbeit anzu-
300 bieten und sie fest in Gremien einzubinden. Es gilt zu bedenken, dass gerade Fachleute idR wenig Freizeit
301 haben. Auch sie wollen gefördert und gefordert werden.

302

303 **8. Wie können wir neue Mitglieder gewinnen?**

304 Die Junge Union Reutlingen bedauert, dass laufend Mitglieder verloren gehen. Die primäre Frage dürfte
305 deshalb sein, wie man die Christlich Demokratische Union an sich attraktiver macht. Zufriedene Mitglieder
306 bleiben der Partei treu und werben eher neue Mitglieder als unzufriedene.

307 Mehr Attraktivität und Präsenz kann die CDU durch Kooperationen und einen verstärkten Austausch im vor-
308 politischen Raum (bspw. mit Vereinen oder anderen Organisationen) erreichen. Die JU fordert deshalb, Info-
309 stände und Informationsveranstaltungen nicht nur während des Wahlkampfes, sondern regelmäßig durchzu-
310 führen. Unabdingbar wird es in Zukunft sein, mehr Transparenz bezüglich der Parteifinanzierung walten zu

311 lassen. Insbesondere soll einem (potentiellen) Mitglied dargestellt werden, wofür sein Mitgliedsbeitrag ver-
312 wendet wird.

313 Mitgliederwerbung findet hauptsächlich in den Orts- und Stadtverbänden aufgrund des persönlichen Kon-
314 takts statt. Genau hier sollte die CDU- Basis mehr Unterstützung von Bundes- und Landes CDU bekommen.
315 Die Geschäftsstellen mit ihren hauptamtlichen Mitarbeitern sollten die Ortsverbände unterstützen und ihnen
316 Kampagnen in Grundzügen liefern. Diese können dann kurzerhand individualisiert und durchgeführt werden.
317 Durch diese Arbeitsteilung können die Ortsverbände die wertvolle ehrenamtliche Zeit mit den Bürgern und
318 nicht am Schreibtisch verbringen. Eine höhere "Schlagzahl" von Veranstaltungen, Marktständen etc., mithin
319 auch eine stärkere Präsenz der Basis wird dadurch ermöglicht

320 Der Ansatzpunkt, für eine Mitgliedschaft in einer Partei zu werben, ist aus der Sicht der Jungen Union völlig
321 veraltet. Bessere Chancen, Leute zu begeistern und für sich zu gewinnen bietet die inhaltliche Arbeit und
322 Positionierung. In potentiellen Neumitgliedern muss anhand aktueller Themen das Interesse am politischen
323 Tagesgeschehen geweckt werden. Im zweiten Schritt muss man sie von der Notwendigkeit des Ehrenamts
324 und des sozialen Engagements überzeugen. Letztlich werden sie ganz ohne unser weiteres Zutun der "rich-
325 tigen" Partei beitreten. Eine Parteimitgliedschaft, die auf inneren Überzeugungen basiert ist mit Sicherheit
326 von mehr Ernsthaftigkeit und Nachhaltigkeit geprägt, als solche Beitritte, die aufgrund eines Kneipenge-
327 sprächs oder ständiger Überzeugungsarbeit mit direkter Konfrontation auf die CDU basieren. Letztere Neu-
328 mitglieder werden nur in den seltensten Fällen selbst aktiv. Eine Mitgliedschaft ohne Anreize und eigenem
329 Engagement verliert schnell an Attraktivität, womit letztlich "Karteileichen" entstehen.

330 Wichtig ist es auch, interessierten Bürgern auf Augenhöhe zu begegnen und sie langsam an die inneren
331 Parteistrukturen heranzuführen, um sie nicht zu überfordern. Ein Neumitglied sollte sich von Anfang an wohl
332 fühlen. Deshalb müssen die bisherigen starren Strukturen aufgefrischt werden.

333 Unkomplizierte Kontaktaufnahme funktioniert heutzutage wohl am besten über einen professionellen Inter-
334 netauftritt. Hierzu sollten Baukastensysteme modifiziert und die einzelnen Seiten regelmäßig aktualisiert
335 werden.

336

337 **9. Wie schaffen wir es, uns außerhalb der Partei stärker zu vernetzen?**

338 Eine bessere Vernetzung der Partei kann zunächst durch mehr Präsenz in der Öffentlichkeit erlangt werden.
339 Hierzu sollten in erster Linie Experten eingebunden werden (s.o.) und ein solides und sachliches Auftreten
340 (Vgl. 4.) stattfinden. Aus eigener Erfahrung weiß die JU Reutlingen, dass man durch sachorientierte Politik
341 deutlich leichter in ein ernsthaftes und zielführendes Gespräch kommt, als durch "Parteiparolen".

342 Stärkeres Augenmerk muss auch auf die charismatische Wirkung von Mandatsträgern gelegt werden. Durch
343 Bürgersprechstunden o.Ä. können Abgeordnete leichter die Rolle des "Kümmerers" annehmen und Bürger-
344 nähe aufbauen.

345 Die JU fordert weiter, mehr Veranstaltungen in der Öffentlichkeit, statt im Hinterzimmer, zu veranstalten.
346 Wünschenswert wären Veranstaltungen zu tagesaktuellen Themen bei betroffenen Institutionen vor Ort.
347 Durch Kooperationen im vorpolitischen Raum, also mit Vereinen und anderen Organisationen, lassen sich
348 am leichtesten rein sachbezogene Diskussionen führen, sodass der Stempel "CDU" in den Hintergrund

349 rückt. Die moderne CDU muss das öffentliche Bild durch Taten und inhaltliche Positionen und nicht durch
350 das Parteilogo prägen. Eine schleichende Vernetzung findet dann automatisch statt.

351

352 **10. Wie können wir die Organisation unserer Partei verbessern?**

353 - Leitfaden für Ortsvorsitzende: Um die Ortsvorsitzenden bei ihrer täglichen Arbeit zu unterstützen soll für sei
354 ein spezieller Leitfaden entwickelt werden. Der Leitfaden sollte neben Denkanstößen vor allem Tipps und
355 Vorschläge für die Durchführung von Veranstaltungen enthalten (z.B. ein mögliches Veranstaltungspro-
356 gramm für ein Kalenderjahr), Tipps zum Schreiben von Zeitungsberichten und dem Umgang mit der Presse,
357 Tipps zum einfachen versenden von Briefen (z.B. über Internetdienste, bei denen der Vorsitzende nicht
358 selbst die Schreiben an seine Mitglieder drucken und eintüten muss), einrichten von E-Mail-Newslettern und
359 dergleichen. Zusätzlich sollten die Vorsitzenden eine CD mit Layout-Vorlagen erhalten. Die Zusammenarbeit
360 zwischen den Orts- und Stadtverbänden sollte zwingend ausgebaut werde, z.B., durch gemeinsame Einla-
361 dungen und Terminabsprachen.

362 - Zentrales Service-Center für Druck und Post: Die hauptamtlichen CDU-Mitarbeiter, gerade auf Ebene der
363 Kreisgeschäftsstellen verbringen einen nicht unerheblichen Teil ihrer Arbeitszeit dem drucken und vor allem
364 dem eintüten von Einladungen. Für sich alleine, können sich die wenigsten Kreisverbände und Vereinigun-
365 gen moderne und zeitgemäße Druck- und Kuvertiermaschinen leisten. Deshalb wird ein zentrales Service-
366 Center benötigt, das über eine entsprechende Ausstattung verfügt und an welches sich die einzelnen CDU-
367 Verbände mit dem Druck und Versand von Einladungen wenden können.

368 - Jährliche Konferenzen für die Vorsitzenden der CDU-Ortsverbände sowie der CDU-
369 Gemeinderatsfraktionen: Immer wieder gibt es auf Ortsverbandsebene „atmosphärische“ Störungen zw-
370 ischen der CDU-Fraktion und dem CDU-Stadtverband, da die einen rein sachlich ihre Arbeit im Gremium
371 machen wollen, die anderen mehr politisch denken und Parteierfolge erzielen wollen. Oftmals gehen die
372 Fraktionsvorsitzenden sogar ein Stück weit auf Distanz zur Partei CDU, obwohl gerade diese Personen über
373 einen hohen Bekanntheitsgrad verfügen und Mitglieder werben könnten. Der CDU-Landesverband sollte
374 deshalb jährliche Konferenzen für Fraktionsvorsitzende und Ortsvorsitzende mit informativen Vorträ-
375 gen/Workshops zu kommunalpolitischen Themen organisieren und in diesem Zusammenhang Beispiele
376 vorstellen für eine bessere Zusammenarbeit zwischen Fraktion und Ortsverband.

377 - Koordination Bürgermeisterwahlen: In Städten und Gemeinden, in denen die CDU den Bürgermeister stellt,
378 hat sie die besseren Chancen neue Mitglieder zu gewinnen und auch bessere Wahlergebnisse zu erzielen.
379 Leider gelingt es für viele Bürgermeisterwahlen noch nicht einmal einen CDU-Kandidaten zu finden, weil die
380 betroffenen CDU-Ortsverbände nicht wissen, wo sie einen Kandidaten finden können. Deshalb wird ein zent-
381 raler Koordinator benötigt, der eine mögliche Kandidatenliste führt, Kontakt zu möglichen CDU-Bewerbern
382 aufbaut, Kontakte an die Verwaltungshochschulen herstellt, Kandidaten an CDU-Verbände vermittelt bei
383 denen eine Bürgermeisterwahl ansteht und im Wahlkampf mit Tipps und evtl. Rahmenverträge für Prospekt-
384 erstellung und dergleichen zur Seite steht. Um dies zu gewährleisten, ist die Schaffung einer zentralen Stelle
385 für Bürgermeisterwahlkämpfe auf der CDU-Landesgeschäftsstelle notwendig. Gerade jetzt, wo durch die rot-
386 grüne Landesregierung CDU-nahen Verwaltungsfachleuten ein Aufstieg in der Landesverwaltung deutlich

- 387 erschwert wird, ist dies unsere Chance diese Menschen für Bürgermeisterkandidaturen zu gewinnen und so
388 die Rathäuser wieder verstärkt für die CDU zu erobern.
- 389 - Angebot von Muster-Pressevorlagen: Zur Verbesserung der allgemeinen Pressearbeit, soll der CDU-
390 Landesverband den Kreis- und Ortsverbänden Muster-Pressemitteilungen zur Verfügung stellen.
- 391 - Homepage-Baukasten und Webwerkstatt: Um auf allen Ebenen mit ansprechenden, informativen und in
392 einem einheitlichen Design gestalteten CDU-Webseiten präsent zu sein, bedarf es eines neues Homepage-
393 Baukastensystems. Zu Schulungszwecken soll die CDU-Webwerkstatt mit Angeboten an alle Internetrefe-
394 renten in Erscheinung treten.
- 395 - Best-practise-Datenbank, 1 Idee, mehrfache Ausführung: Hat ein Ortsverband eine erfolgreiche Veranstal-
396 tung durchgeführt, ist es für ihn kein großer Aufwand mehr, seine Erfahrungen, Feedbacks, TO Do Listen,
397 Pressemitteilungen usw. auf einen zentralen Server hochzuladen. Andere OV's sparen sich somit einen
398 Großteil der aufwändigen Planung und können die Veranstaltung dank Erfahrungswerten optimieren. Durch
399 weniger Aufwand für eine einzelne Veranstaltung werden Kapazitäten frei, die ohnehin dringend benötigt
400 werden. Eine hohe Anzahl von gleichartigen Veranstaltungen wirkt sich sicher nicht nachteilig auf die Öffent-
401 lichkeitswirksamkeit der Partei aus.
- 402 - Überdenkung der bisherigen Strukturen: Alle Gliederungen sind dazu aufgerufen selbstkritisch ihre eigene
403 Arbeit und ihre eigene Daseinsberechtigung zu prüfen. Benötigen beispielsweise so viele Parteigliederungen
404 eigene Bezirksverbände? Oder kostet etwa diese zusätzliche Ebene mehr Engagement und Geld als sie
405 einbringt? Könnten diese Ressourcen vielleicht an anderer Stelle effizienter eingesetzt werden?
- 406 - Finanzausstattung: Um zusätzliche Aufgaben zu übernehmen, fehlen dem CDU-Landesverband schlicht-
407 weg die finanziellen Mittel. Es ist zu prüfen, wie der Landesverband besser finanziell ausgestattet werden
408 kann. Dies könnte beispielsweise durch eine Verringerung der Zahlungen an den Bundesverband oder ge-
409 ringere Beiträge an die Bezirksverbände erreicht werden. Gerade die CDU-Bezirksverbände, die außerhalb
410 von Bezirksparteitagen nur sehr eingeschränkt politisch aktiv sind, müssen sich fragen lassen, ob sie nicht
411 mit weniger finanziellen Mittel auskommen können und ob diese Gelder nicht auf der Landesebene besser
412 eingesetzt werden können. Darüber hinaus ist aber auch auf Landesebene nach Einsparpotentialen zu su-
413 chen. So ist der Sinn der jährlichen Mandatsträgerkonferenz im Kloster Schöntal unbestritten. Dennoch ist
414 prüfen, ob es hierbei nicht auch günstigere Konferenzmöglichkeiten geben würde. Auch bei den Veranstal-
415 tungsorten für Parteitage ist auf die Verhältnismäßigkeit zu achten, wobei sich auch die Delegierten darüber
416 klar sein müssen, dass die Zeit der „Luxushallen“ vorbei ist. Zudem ist zu prüfen, ob die Umlage der Orts-
417 verbände an den Landesverband leicht angehoben werden kann.
- 418 - Mentoring-Programme für Frauen anstelle von Quoten-Lösungen: Frauen sind generell in der Politik und
419 insbesondere bei der CDU unterrepräsentiert. Gerade in Baden-Württemberg müssen wir dringend mehr
420 Frauen für uns gewinnen, sowohl als Wählerinnen und Mitglieder als auch als Mandatsträgerinnen. Dabei
421 lehnen wir jedoch anders als die CSU fixe Frauenquoten bei Vorstandswahlen ab, sondern setzen stattdes-
422 sen auf Mentoring-Programme und Netzwerkbildung. An dieser Stelle könnte sich besonders die Frauen-
423 Union auszeichnen, indem sie von den weiblichen CDU-Abgeordneten über Bürgermeisterinnen bis hin zu
424 kommunalen Mandatsträgerinnen Mentoren sucht und diese mit politisch interessierten engagierten Frauen
425 zusammen bringt.

- 426 - Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung: Es ist zu überlegen, wie die Zusammenarbeit zwi-
427 schen der CDU Baden-Württemberg und KAS verbessert werden kann. Ein Ansatzpunkt wäre, die vielfälti-
428 gen und nützlichen Seminare der KAS stärker in der Landespartei zu bewerben, beispielsweise mit einem
429 eigenen Flyer der nur die in BW stattfindenden, die politische Arbeit betreffende Seminare enthält und über
430 Newsletter bzw. über die Ortsvorsitzenden an alle Mitglieder kommuniziert wird. Zudem sind die KAS-
431 Seminare in der CDU-intern mehr zu bewerben. Ein weiterer mit der KAS zu diskutierender Punkt sind die
432 Stipendiaten-Programme für anstehende Journalisten. Was wird in diesen Programmen vermittelt? Wo ge-
433 hen die Stipendiaten nach ihrer Ausbildung hin? Warum bewirken die KAS-Programme nichts bei den ge-
434 genüber der CDU sehr kritisch eingestellten Medien?
- 435 - Nachwuchsförderprogramm: Inhalte eines solchen 12- oder 18-monatigen Programms könnten Seminare
436 in den Bereichen Parteiarbeit, Rhetorik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und dergleichen sein sowie Exkur-
437 sionen, der Austausch mit Politikern und Praktika in den Geschäftsstellen der Kreisverbände, des Landes-
438 verbandes oder der Landtagsfraktion. Ziel des Programms ist es nicht die Teilnehmer auf den Beruf des
439 Politikers vorzubereiten, sondern ihnen Rüstzeug für die tägliche politische Arbeit zu vermitteln und sie auf
440 Arbeitspositionen in der Partei, für Mandatsträger oder in der Verwaltung zu qualifizieren. Als zwingende
441 Teilnahmevoraussetzung für das Nachwuchsförderprogramm müssen die potentiellen Teilnehmer u.a.
442 nachweisbar außerhalb des politischen Bereichs ehrenamtlich engagiert sein.